

«Wir dürfen nicht in dieselbe Falle tappen»

Aussenminister Ignazio Cassis warnt davor, mit Brüssel voreilig neue Verhandlungen aufzunehmen. Im Gespräch mit Tobias Gafafer und Fabian Schäfer sagt er zudem, warum er eine Übernahme der EU-Sanktionen gegen China kritisch sieht

Die Europapolitik nimmt wieder Fahrt auf. Europafreunde wollen mit einer Initiative neue Verhandlungen erzwängen. Der FDP-Präsident Thierry Burkart hofft auf Ausnahmeklauseln bei der Personenfreizügigkeit und möchte die schwierigen Fragen separat in einzelnen Abkommen regeln. Was halten Sie von diesen Ansätzen?

Zur geplanten Initiative kann ich nichts sagen, da ich den Text noch nicht kenne. Die Ideen des FDP-Präsidenten zeigen gut die unterschiedlichen Interessenlagen: Die EU will vor allem, dass wir bei der Personenfreizügigkeit dynamisch ihr Recht übernehmen. Uns geht das zu weit, im Vordergrund steht der Abbau der Handelshemmnisse. Was der FDP-Präsident verlangt, ist sicher im Interesse der Schweiz. Aber eine Einigung wird es nur geben, wenn wir eine Lösung finden, die im Interesse beider Seiten ist.

Der frühere Staatssekretär Michael Ambrühl fordert ein Paket der Bilateralen III, um die Verhandlungsmasse zu vergrössern. Was halten Sie davon?

Es gibt viele Ideen, das ist nicht neu. Als der Bundesrat im Mai entschieden hat, die Verhandlungen über das Rahmenabkommen abzubrechen, hat er bewusst beschlossen, nicht gleich einen Neuanlauf zu lancieren. Zuerst muss Ruhe einkehren. Wir brauchen Zeit, um ohne Druck innenpolitisch unsere Prioritäten zu klären.

Sie bleiben äusserlich ruhig, wenn Sie über die Europapolitik sprechen. Dabei haben Sie jahrelang verhandelt und gekämpft, fast alle waren unzufrieden – und nun kommen teilweise dieselben Personen mit allen möglichen Vorschlägen. Ärgert Sie das nicht?

Das gehört dazu und zeigt deutlich, dass es in der Europafrage fast so viele Meinungen wie Menschen gibt. Ich bin deshalb überzeugt denn je, dass der Entscheid vom Mai richtig war. Ich habe bis anhin keinen Vorschlag gehört, mit dem noch eine Lösung möglich gewesen wäre.

Wie nehmen Sie generell die Europa-debatte in der Schweiz wahr?

Auffällig ist, wie stark die Vorstellungen auseinandergehen. Die einen übernehmen implizit die Forderungen der EU. Die anderen träumen immer noch davon, dass die Schweiz dasselbe Gewicht habe wie die EU. Beides ist falsch. Wir sollten die Realitäten anerkennen und trotzdem unsere Interessen hart vertreten. Entscheidend ist, dass die Schweiz weiss, was sie will. Die Situation ist ja nicht neu. Wir leben seit Jahrhunderten damit, dass wir um uns herum mächtigere Länder haben und unsere Position in schwierigen Balanceakten immer wieder neu klären müssen.

Sie treffen nächste Woche zum ersten Mal den EU-Kommissar Maros Sefcovic, den neuen Ansprechpartner für die Schweiz. Was erwarten Sie vom Treffen? Zunächst einmal ist es ein positives Zeichen, dass ich seit Mitte September bei der EU formell einen Ansprechpartner habe. Ich gehe nach Brüssel, um Herrn Sefcovic kennenzulernen und gemeinsam mit ihm eine Standortbestimmung vorzunehmen. Und um ihm zu erklären, dass die Schweiz auch aus innenpolitischen Gründen nicht in eine Hektik verfallen kann.

Sie bringen auch etwas mit: Als Geste des guten Willens hat das Parlament die zweite Kohäsionsmilliarde an ärmere EU-Länder freigegeben. Nun gibt es aber Differenzen mit der EU in Bezug auf die Umsetzung. Lässt sich das lösen? Unser Zeichen ist klar: Wir wollen die Negativspirale beenden. Deshalb geben wir den Kohäsionsbeitrag frei und schränken auch die Zuwanderung aus Kroatien nicht mehr ein. Nun ist die EU am Zug. Die Vereinbarung zur Umsetzung des Kohäsionsbeitrags wird ein Zeichen sein. Wir wollen, dass die Zahlung

freiwillig ist und die EU darauf verzichtet, im aktuellen Abkommen eine Verstärkung und eine Erhöhung der Beiträge zu verankern. Ob eine Einigung gelingt, weiss ich nicht, aber wir sind auf gutem Weg. Falls es klappt, kann danach ein neuer, offener Dialog beginnen.

Das klingt, als müsste die Schweiz schon dankbar sein, wenn sie in den EU-Ländern Projekte finanzieren darf...

... natürlich nicht. Es braucht jetzt eine gewisse innere Gelassenheit, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Wenn wir bei jedem Nebengeräusch nervös werden, kommen wir nicht weiter.

Für die Zukunft stellt sich aber schon die Frage, wie es mit den Kohäsionsbeiträgen weitergeht. Sollen sie erhöht werden? Und ist es nicht Selbstbetrug, zu sagen, die Zahlung sei freiwillig? In Wahrheit ist es doch ein Preis für den Zugang zum Binnenmarkt.

Diese Fragen stellen sich heute nicht. Ich weiss, das ist langweilig, aber es braucht jetzt Geduld. Wir arbeiten intensiv daran, einen neuen Dialog mit der EU aufzubauen. Das wird der Ort sein, an dem wir alle Fragen diskutieren können, auch die Kohäsionsbeiträge. Der Bundesrat ist offen, diese Diskussion zu führen, aber nicht heute beim zweiten Schweizer Beitrag.

Verlangt der Bundesrat im Gegenzug von der EU, dass sie der Schweiz bei der Forschungszusammenarbeit entgegenkommt?

Genau diese Logik der gegenseitigen Bedingungen wollen wir beenden. Die EU hat gesagt, sie mache ihre Entscheide von der politischen Gesamtbeurteilung abhängig. Also ist es unser Ziel, die Grosswetterlage positiv zu beeinflussen. Dazu habe ich in den letzten Monaten Gespräche mit den Aussenministern vieler EU-Länder geführt. Übernächste Woche treffe ich voraussichtlich wieder meinen Kollegen aus Slowenien, das gegenwärtig im EU-Rat den Vorsitz hat. Die Haltung der Mitgliedsländer ist entscheidend, nicht nur für die Forschung, sondern für unser gesamtes Verhältnis zur Union.

Kürzlich gab die EU bekannt, dass Länder wie die Türkei oder die Moldau bei der Forschung voll assoziiert werden – die Schweiz nicht. Was sagen Sie dazu? Ganz banal: Das ist Interessenpolitik. Die Türkei hat gewisse machtpolitische Instrumente, die gerade angesichts der Krise in Afghanistan wirkungsvoll sind...

... Sie sprechen die Flüchtlingspolitik an...

... jedenfalls hat die EU starke Anreize, die Türkei gut zu behandeln. Auch im Fall der Moldau hat der Entscheid wohl nicht nur mit der akademischen Exzellenz zu tun, sondern mit geopolitischen Überlegungen mit Blick auf Russland.

Wie beurteilen Sie insgesamt das Verhalten der EU gegenüber der Schweiz? Forschung, Strom, Medtech: Es entsteht der Eindruck, Brüssel wolle möglichst unfreundlich sein.

Die EU ist immer noch im gleichen Modus wie während der Verhandlungen über den Rahmenvertrag. Vermutlich wäre der Druck grösser, wenn wir noch am Verhandeln wären.

Vielleicht ist es anders: Die EU hat aus dem Verhandlungsabbruch geschlossen, dass sie der Schweiz möglichst grosse Schmerzen zufügen muss, damit diese irgendwann bereit ist, einen Schritt zu machen.

Das denke ich nicht. Die EU weiss, dass sie sich damit selber schaden würde.

Nach dem Plan des Bundesrats finden allfällige neue Gespräche über die institutionellen Themen, die schwierige Souveränitätsfragen aufwerfen, erst nach 2023 statt. Wollen Sie das schwierige Thema bis nach den Wahlen totschweigen?



Die Stimmung in der Corona-Debatte erfüllt Ignazio Cassis mit Sorge. SIMON TANNER / NZZ

«Wir können die Rolle als Brückenbauerin zu China nicht spielen, wenn wir immer im Chor mit anderen Ländern mitsingen.»

Sicher nicht. Aber zuerst müssen wir herausfinden, was wir wollen und welchen Preis wir zu bezahlen bereit sind. Was wir jetzt am wenigsten brauchen können, sind voreilige Entscheide. Die Schweiz darf nicht noch einmal in die gleiche Falle tappen wie 2013, als das Verhandlungsmandat für den Rahmenvertrag beschlossen wurde. Wir dürfen keine Verhandlungen nach dem Prinzip Hoffnung aufnehmen.

Ist das eine Kritik an Ihrem Vorgänger Didier Burkhalter?

Also erstens trug auch damals der Gesamtbundesrat die Verantwortung. Und zweitens geht es hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, aus Fehlern zu lernen. Im Nachhinein ist man immer klüger. Heute wissen wir, was schief lief. Die EU-Kommission funktioniert technokratisch. Wir müssen ihr von Beginn weg klar sagen, was wir wollen – und was nicht. Wenn sie weiterhin eine volle Dynamisierung der Personenfreizügigkeit verlangt, müssen wir bereits vor der Aufnahme neuer Verhandlungen den Mut haben, deutlich zu sagen, dass wir das nicht wollen. Natürlich müssen wir dafür einen Preis bezahlen. Aber nach den Diskussionen der letzten Jahre steht für mich fest, dass die Schweiz bei der Freizügigkeit nicht so weit gehen will, wie die EU dies bis anhin verlangt.

Auch das Verhältnis zu Peking sorgt für Diskussionen. Die Schweiz hat eine Uno-Deklaration zu China und Xinjiang im Gegensatz zu zahlreichen Staaten nicht unterzeichnet. Warum?

Die Schweiz verfolgt eine eigenständige Aussenpolitik, die sie in einer öffentlichen Strategie definiert hat. Es handelt sich um einen Balanceakt. Einerseits führen wir mit China schwierige Diskussionen über die Menschenrechte, andererseits ist das Land in wirtschaftlichen und anderen Fragen ein wichtiger Partner. Wir wollen einen Sonderweg gehen, der uns erlaubt, in Genf Gipfeltreffen wie zwischen Joe Biden und Wladimir Putin

oder Friedensgespräche durchzuführen. Wir können die Rolle als Brückenbauerin nicht spielen, wenn wir immer im Chor mit anderen Ländern mitsingen.

Die Spannungen zwischen den USA und China nehmen zu. Kann die Schweiz an ihrem Sonderweg festhalten?

Ja. Das heisst nicht, dass uns die Entwicklungen in China keine Sorgen machen. In der Vergangenheit haben wir solche gemeinsamen Erklärungen der Uno auch schon unterstützt. Wir entscheiden von Fall zu Fall. Wenn wir einen Mehrwert schaffen wollen, dürfen wir aber nicht immer gleich agieren wie alle anderen Staaten. In dem Moment, als diese Uno-Deklaration verabschiedet wurde, fand in Zürich ein Treffen zwischen den USA und China statt. Das war kein Zufall. Eine Unterschrift unter diese multilaterale Deklaration wäre vielleicht innenpolitisch gut angekommen, hätte aber aussenpolitisch nicht viel bewirkt. Unser Ziel bleibt, mit China den Menschenrechtsdialog wieder aufzunehmen. Wahrscheinlich werde ich Ende Monat nach China reisen und darüber mit meinem Amtskollegen sprechen.

Der Bund diskutiert seit Monaten, ob er die Menschenrechtssanktionen der EU gegen China und weitere Staaten übernehmen will. Spielt die Schweiz auf Zeit? Das Thema liegt auf dem Tisch, der Lead liegt beim Staatssekretariat für Wirtschaft. Aus aussenpolitischer Sicht stellt sich die Frage, ob die Schweiz weiterhin eine Rolle als ehrliche Vermittlerin spielen will oder ob sie automatisch der EU folgen will. Für mich ist die Antwort klar die erste.

Sprechen Sie noch über die Pandemie. Die Corona-Politik, vor allem das Zertifikat, sorgt für hitzige Diskussionen. 2022 werden Sie als Bundespräsident in der Verantwortung stehen. Wie nehmen Sie die Stimmung wahr?

Sie erfüllt mich mit Sorge. Aus Umfragen schliesse ich, dass die Mehrheit unsere Politik mitträgt. Eine Minderheit hingegen ist unzufrieden und macht viel Lärm. Das ist ihr gutes Recht. Man kann demonstrieren, man kann abstimmen. Was mich beunruhigt, ist die Schärfe der Diskussion. Ich hoffe einfach, dass die alte Schweizer Tugend – dass alle den Ausgang von Volksabstimmungen akzeptieren – weiterhin gilt. Und ja, ich muss zugeben, es fällt mir schwer, den Widerstand der Impfskeptiker zu verstehen. Vielleicht liegt das daran, dass ich Arzt bin und zudem als Aussenminister oft mit Leuten aus anderen Ländern über diese Themen spreche.

Wie meinen Sie das?

Die meisten Staaten auf der Welt haben das Problem, dass sie zu wenige Impfdosen für ihre Bürger haben. Bei uns ist es umgekehrt. Wenn ich das meinen Amtskollegen erkläre, schütteln die nur den Kopf. Sie sagen mir dann: «Eure Probleme möchten wir haben.» Wir sollten uns bewusst sein, dass das, was bei uns unglaublich emotionale Konflikte bewirkt, in einer Aussensicht vor allem Luxusprobleme sind. In vielen Ländern sterben Menschen, weil es an Spitalplätzen oder Impfstoff fehlt. Und wir streiten darüber, ob es zumutbar ist, beim Besuch eines Restaurants ein Zertifikat zu zeigen. Was soll man dazu sagen?

Sie selber haben kürzlich die Frage gestellt, ob uns der Wohlstand schon so verwöhnt habe, dass wir die Bodenhaftung und den Gemeinsinn verloren haben. Haben wir?

Ich hoffe es nicht, und ich habe das nicht despektierlich gemeint. Aber die Kontakte mit Kollegen aus aller Welt lassen mich schon etwas selbstkritisch werden. Das ändert nichts daran, dass es die Aufgabe des Bundesrats ist, den Zusammenhalt des Landes zu stärken. Das ist mir auch persönlich ein Anliegen, und es wird eine wichtige Aufgabe meines Präsidentschaftsjahrs sein.